

Joachim Hennig: Geschichtlicher Abriss am 9. November 2018 zur Veranstaltung des Bischöflichen Cusanus-Gymnasiums aus Anlass der 80. Wiederkehr der Novemberpogrome 1938 in der Florinskirche Koblenz.

Der Novemberpogrom vor 80 Jahren vom 9. auf den 10. November 1938 fand überall in Deutschland statt, auch bei uns in Koblenz. Der Pogrom war von der Spitze des Staates und der einzigen Partei, die es damals gab, der NSDAP, inszeniert. Er war eine sehr wichtige Wegmarke in der Rassenpolitik der Nationalsozialisten.

Dabei war diese Politik und Ideologie Hitlers und seiner Leute nicht neu. Jahrhundertlang gab es den christlichen Judenhass, es gab die Pogrome im Mittelalter, es gab die Judenfeindschaft und -diskriminierung. Eine Wende zum Besseren brachte die Französische Revolution von 1789. Sie stand ja unter dem Motto „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“. In ganz Deutschland setzten sich diese Gedanken erst nach der Gründung des Deutschen Reiches durch. Das Gleichberechtigungsgesetz von 1871 hob alle aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte auf.

Keine zehn Jahre später entstand eine Gegenbewegung, die mit dem neuen Begriff „Antisemitismus“ bezeichnet wurde. Neu war an diesem Antisemitismus u.a., dass die ethnische Zugehörigkeit, die „Abstammung“, jetzt wichtiger als die Religionszugehörigkeit erschien. Die „Judenfrage“ wurde als „Rassenfrage“ definiert. Der einzelne Jude konnte diese Probleme für sich nicht mehr mit der Taufe lösen oder umgehen. Schließlich entwickelte sich eine antisemitische „Weltanschauung“. Sie meinte, in den Juden den Schlüssel zum Verständnis und zur Lösung allgemeiner gesellschaftlicher Probleme gefunden zu haben.

Diese Strömung fand zahlreiche Anhänger und es wurden immer mehr. Parteien, Vereine und Verbände propagierten die Ideologie. Hitler und seine Bewegung fanden diese Weltsicht vor und machten sie zu ihrem Programm. Im Parteiprogramm von 1920 forderte die neu gegründete Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), Juden von der deutschen Staatsbürgerschaft und damit von allen öffentlichen Ämtern auszuschließen und sie der „Fremdengesetzgebung“ zu unterwerfen.

Kaum hatten Hitler und seine Leute die Macht im Deutschen Reich am 30. Januar 1933 erhalten, begannen die Ausgrenzungen, Diskriminierungen und Verfolgungen des jüdischen Teils der deutschen Bevölkerung. Eine erste Wegmarke war der Boykott jüdischer Geschäfte, Waren, Ärzte und Rechtsanwälte am 1. April 1933. Das war die erste antisemitische Großaktion seit dem Gleichberechtigungsgesetz von 1871. Vor den jüdischen Geschäften bauten sich SA- und SS-Leute auf. Sie hatten Plakate dort angebracht und hinderten die Kunden, in diesen Geschäften einzukaufen.

Schon wenige Tage später setzte sich die Diskriminierung der Juden durch Gesetze und Verordnungen fort. Grundlegend war das Gesetz mit dem zynischen Titel „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933. Das Gesetz hatte einen sog. Arierparagrafen und erklärte jüdische Beamte für entlassen. Ein weiteres Gesetz vom selben Tag veranlasste die Entfernung von Rechtsanwälten aus ihrem Beruf. In der Folgezeit waren auch weitere Berufe von solchen Berufsverboten betroffen.

Die nächste Wegmarke waren die „Nürnberger Gesetze“ vom 15. September 1935. Mit dem sog. Reichsbürgergesetz erfanden die Nazis den Status des „Reichsbürgers“. Das war der „Vollbürger“, eine bessere Variante des Staatsbürgers. Mit diesem Gesetz und mit einem Schlag nahm man den Juden Rechte weg. Sie wurden zu bloßen Staatsbürgern und damit zu Bürgern zweiter Klasse deklassiert. Damit setzten die Nazis das um, was sie schon 1920 in ihr krudes Parteiprogramm geschrieben hatten. Ein weiteres Nürnberger

Gesetz war das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“. Es erfand den Straftatbestand der sog. Rassenschande.

Immer weiter drängte man die Juden aus dem Wirtschaftsleben, u.a. mit dem Slogan: „Deutsche wehrt Euch, kauft nicht bei Juden!“

Ziel der Rassenpolitik der Nazis war es, die jüdischen Deutschen zur Auswanderung zu drängen. Zahlreiche Juden wanderten tatsächlich seit 1933 auch aus. Aber es war eine schwere Entscheidung. Wer verlässt – und das gilt auch für heute – schon ohne Not sein Heimatland? Die eigene Lage muss schon unerträglich sein, man muss schon keine Perspektive mehr haben, um dann den großen Schritt zu ins Ungewisse zu wagen. Viele konnten sich damals nicht vorstellen, dass die Diskriminierungen so weiter gehen und noch schlimmer werden könnten. Man glaubte, dass sich Hitler nicht lange an der Macht werde halten können oder dass er „gezähmt“ werde. Schließlich – so dachten viele – war Deutschland eine Kulturnation, das „Volk der Dichter und Denker“ – Goethe, Schiller, Kant, Hegel. Einen Zivilisationsbruch hielten sie für unmöglich. Schließlich hatten viele Juden für das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg tapfer gekämpft.

Hinzu kam, dass das mit dem Auswandern gar nicht so einfach war. Zum einen konnten die Juden ihren Besitz nicht vollständig mit ins Ausland mitnehmen, sie mussten vieles unter Wert hier verkaufen. Zudem mussten sie für das Auswandern ganz erhebliche Abgaben an den Staat leisten. Zum anderen war es schwierig, ein Land zu finden, das einen aufnahm. Westeuropa kam in Betracht, Frankreich oder auch Holland. Aber denken Sie nur an Anne Frank und Ihre Eltern, das war nicht so einfach. Damals gab es auch noch nicht den Staat Israel. Das Gebiet hieß Palästina und stand unter der Verwaltung der Briten. Das war ein Land im Aufbau und von Landwirtschaft geprägt. Wer von den Städtern hier in Koblenz und anderswo konnte schon Landwirtschaft? Und dann gab es noch die Sprachprobleme. Wer von den deutschen Juden sprach Iwriß, das Neuhebräisch? Oder auch Englisch? Gebildete Leute damals konnten eher Lateinisch oder Griechisch, aber keine neue Sprache wie Englisch. Deshalb war auch eine Auswanderung in die USA oder etwa nach Südafrika schwierig. Bei den USA kam hinzu, dass es Einreisebeschränkungen gab. Man konnte nur mit einem Affidavit einreisen, mit einer Bürgerschaftserklärung eines in den USA Lebenden, dass dieser für den Lebensunterhalt des Betreffenden aufkommt.

Die Kampagne gegen die Juden in Deutschland trieb im Sommer 1938 ihrem Höhepunkt zu. Zur selben Zeit erging eine Verordnung, wonach die Juden zwangsweise die Vornamen „Israel“ bzw. „Sarah“ tragen mussten, sofern ihre bisherigen Vornamen sie nicht ohnehin als Juden auswiesen.

Eine weitere Wegmarke des Unrechtsstaates war dann der Novemberpogrom von 1938. Die Nazis nannten es „Reichskristallnacht“, heute hat sich nicht viel besser der Begriff „Reichspogromnacht“ eingebürgert. In der angedeuteten Stimmung gegen die Juden hatte ein 17-jähriger, in Deutschland lebender Jude namens Herschel Grünsphahn Schüsse auf den Legationssekretär vom Rath in der deutschen Botschaft in Paris abgegeben. Anlass dafür war, dass die polnischen Eltern des Jungen, die vor vielen Jahren nach Deutschland eingewandert und hier sesshaft geworden waren, Ende Oktober 1938 nach Polen abgeschoben wurden und im Niemands-land zwischen Deutschland und Polen „campieren“ mussten.

Als die Nachricht vom Tod des Legationssekretärs bekannt wurde, mobilisierten Naziführer in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 überall im Land die SA-Ortsgruppen. Zusammen mit SS- und Gestapoleuten sowie auch Nachbarn zündeten sie Synagogen an, zerstörten jüdische Geschäfte und Wohnungen und misshandelten und verhafteten Juden. Der Polizei war verboten, dagegen einzuschreiten, die Feuerwehr durfte nur Häuser der „Arier“ schützen.

Auch in Koblenz wüteten die Nazis. Zerstört wurden 19 Geschäfte und 41 Wohnungen, jüdische Mitbürger wurden misshandelt. Trupps zerstörten die Synagoge hier am Florinsmarkt. In Brand gesteckt wurde sie aus Rücksichtnahme auf die unmittelbar angrenzenden Nachbarhäuser nicht. Aber der Friedhof im Rauental wurde geschändet und die Leichenhalle verwüstet. Etwa 100 Männer wurden in die Konzentrationslager Dachau und Buchenwald verschleppt.

Die Juden mussten die an ihren Geschäften verursachten Schäden auf eigene Kosten wieder beseitigen und außerdem wurde ihnen eine „Buße“ von 1 Milliarde Reichsmark auferlegt. Weiter war ihnen die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen verboten, die Kinder durften nicht mehr öffentliche Schulen besuchen. Unmittelbar danach begann die systematische Ausbeutung und Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben, die „Zwangsarisation“ jüdischer Unternehmen, Geschäfte usw.

Diese Diskriminierungen und Ausgrenzungen erhöhten den Auswanderungsdruck. Danach flohen noch mehr Juden ins Ausland. Die Nazis und ihre Helfer setzten auch jetzt noch alle Hebel in Bewegung, um die Juden aus Deutschland zu vertreiben – ihr Vermögen aber hier zu behalten. Es war nicht so, dass die National-sozialisten von Anfang an den Holocaust vorhatten oder diesen mit der „Reichspogromnacht“ in Angriff nahmen. Nein, auch jetzt noch wollte man die Juden „nur“ herausekeln und sie loswerden.

Mit der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges wurde die Flucht immer schwieriger, andere Staaten waren immer weniger bereit, flüchtende Juden aufzunehmen. Im Oktober 1941 wurde offiziell eine Auswanderung verboten.

In dieser Zeit, im Spätsommer/Herbst 1941 entschied man sich dann für die Vernichtung der europäischen Juden. – für den Holocaust, die Shoa. Einen ausdrücklichen Befehl darüber hat man bisher nicht aufgefunden. Einen schriftlichen Befehl dazu hat es dazu wohl auch nie gegeben. Es ist aber ganz sicher, dass eine solche wichtige Entscheidung von Hitler persönlich getroffen wurde – ggf. in einem streng geheimen mündlichen Befehl. In „Ergänzung“ und „Ausfüllung“ dieses Befehls zum Holocaust fand am 20. Januar 1942 die sog. Wannsee-Konferenz statt, in einer Villa am Großen Wannsee in Berlin. Dort wurde der Völkermord an den europäischen Juden organisatorisch auf den Weg gebracht. Im Protokoll dazu heißt es, dass nunmehr an die Stelle der Auswanderung die sog. Evakuierung nach dem Osten trete. Im Zuge der Endlösung der europäischen Juden kämen rund 11 Millionen Juden in Betracht. Bei der praktischen Durchführung der Endlösung werde Europa von Westen nach Osten durchkämmt.

Zwei Monate später, am 2. März 1942, kam es zur 1. Deportation von Juden aus Koblenz und Umgebung. Mit ihr wurden 338 jüdische Menschen aus Koblenz und Umgebung verschleppt. Betroffen davon waren vor allem Familien. Diese hatte die Koblenzer Gestapo am Tag zuvor in die Turnhalle der Steinschule im Rauental hinbestellt. Von da aus ließ man sie am frühen Nachmittag des 22. März 1942 durch die Stadt zum Güterbahnhof Lützel marschieren. Dort wurden sie in einen Personenzug der 4. Klasse eines Sonderzugs „verladen“. Das Ziel war das Durchgangsghetto Izbica bei Lublin im damaligen Generalgouvernement.

Eine der Deportierten war die Schülerin Hannelore Hermann. Sie wurde mit ihren Eltern Leopold und Johanna Hermann verschleppt. Die drei wurden – wenn sie den Transport und den Aufenthalt im Ghetto überhaupt überstanden haben sollten – in den folgenden Wochen oder Monaten in den Vernichtungslagern Belzec oder Sobibor mit Motorabgasen ermordet. Von der Familie überlebten nur Hannelores Brüder Kurt und Hans, die noch rechtzeitig aus Deutschland hatten fliehen können.

An ihrem letzten frei gewählten Wohnort in der Johannes Müller-Straße 6 - in der südlichen Vorstadt gegenüber dem Evangelischen Stift St. Martin – erinnern heute Stolpersteine an Hannelore Hermann und ihre Eltern.